

Protest aus Eis und Zuckerwatte



Protest-Banner vor dem geschlossenen KKC: Den Studierenden ist es ernst. (Foto: caro)

Ein Raum zum Lernen, mit Freund*innen nach Seminarende noch ein Bier trinken oder beim Karaoke-Abend um die Wette singen. Das Kunst- und Kulturcafé (KKC) war jahrelang ein beliebter Rückzugsort der Studierenden. Seit einem Jahr ist nun aber Schluss, die Türen bleiben vorerst verschlossen. Grund sind unter anderem Mängel im Brandschutz und unzureichende Fluchtwege. Gespräche zwischen dem AStA und dem Studierendenwerk verlaufen schleppend und die Wiedereröffnung scheint in weite Ferne zu rücken. Deshalb zeigen die Studierenden nun beim dritten KKC-Protest-Fest: Wir lassen uns nicht unterkriegen!

Vergangenen Freitag, 23. September, war es wieder so weit: Der AStA rief erneut zum Protest auf. Der Platz vorm KKC verwandelte sich in einen bunten Ort zum Tanzen, Diskutieren und Zusammensein. Unter Retro-Lampenschirmen, Discokugeln und Stoffgirlanden wurden den Studierenden Tischtennis, veganes Eis von I AM LOVE sowie ein Umsonstflohmarkt und vegane Grill-Leckereien vom Alibi-Essen geboten. Bier und Brause gab es für 50 Cent. Für Live-Musik sorgten unter anderem Actirock - aaron.st, The Dimps und Jibel Jay. Vorab wurde aber erstmal der aktuelle Stand der Entwicklungen rund um die Wiedereröffnung des Cafés in einer Pressekonferenz thematisiert.

Dazu äußerten sich neben der AStA-Vorsitzenden Saskia Strasdat auch Kulturveranstalter Aaron Stratmann und Markus Stollenwerk vom Kulturbeirat der Stadt Essen. Für alle ist klar: Brandschutz und die Sicherheit der Gäste als auch der Mitarbeitenden haben Priorität. Trotzdem flüchte sich das Studierendenwerk in Ausreden, so Strasdat. Bürokratische Prozesse würden vorgehoben, statt effektiv nach Lösungen zu suchen.

Laut Strasdat sei aber Fakt: „Für die Studenten und Studentinnen am Campus findet kein Kulturangebot statt“. Der AStA habe sich in der Vergangenheit in verschiedensten Gesprächen um Lösungen bemüht, stoße aber beim Studierendenwerk auf wenig Entgegenkommen. „Das Studierendenwerk lässt uns am langen Arm verhungern“, kritisiert Strasdat. Selbst die Möglichkeit, die Technik und Getränke der Protest-Feste im KKC zu lagern, wurde dem AStA verweigert.

Stratmann, der selbst schon im KKC auflegte, schätzt das große Potenzial des Cafés und weist darauf hin, dass es im Ruhrgebiet ohnehin nur wenig freie Räumlichkeiten gebe, in denen man Kulturveranstaltungen ausrichten könne. Es gehe nicht nur um Partys, sondern vor allem um den interkulturellen Austausch. Auch im Hinblick auf die kältere Jahreszeit fügt er hinzu: „Wenn man einen warmen Ort hat, wo man Lesungen veranstalten kann, wo man vielleicht kleine Ausstellungen veranstalten kann, wo einfach Leute, die was machen wollen eine Bühne kriegen, um Wort zu bekommen, um Leute einzuladen, um das ganze Geschehen im Ruhrpott einfach ein bisschen angenehmer zu machen, das wäre wunderbar.“

Während Stratmann hier vor allem die Universität in der Pflicht sieht, richtet Stollenwerk seine Kritik auch an die Stadt Essen selbst. Viele Universitätsstädte seien darum bemüht, ihre Studierenden mit dem Erstwohnsitz in die Stadt zu locken, die Stadt Essen zeige sich leider wenig engagiert. „Man schafft es tatsächlich, einen ganzen Tag in Essen zu verbringen, ohne sich dessen bewusst zu sein, dass hier eine Universität mit Studierenden ist. Das ist der Wahnsinn! Es gibt in Essen so gut wie gar kein studentisches Leben“, bemängelt Stollenwerk. Dass jetzt auch das KKC geschlossen wurde, empfindet er persönlich als Katastrophe. Für den Kulturbeirat seien die Universität und die

Frauenrechte im Islam



Mina Ahadi, Exil-Iranerin und Menschenrechtlerin, war in Bochum zu Gast. Weshalb, erfahrt ihr auf **Seite 3**.

Prozessende?



Die Strafkammer stellt den Beschuldigten im AStA-Prozess eine Verfahrenseinstellung in Aussicht. Warum und wer diese Wendung kritisiert, lest **Seite 4/5**.

akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter:
www.akduell.de

Studierendenschaft als Schnittstelle unglaublich wichtig. Man unterstütze das Vorhaben des AStAs und freue sich auch in Zukunft auf einen intensiveren Austausch. Nicht zuletzt, um auch die Wiederbelebung des Nordviertels weiter voranzutreiben.

Noch immer ist unklar, wann genau das KKC wieder seine Türen öffnen wird. Die Sanierungsarbeiten sollen Ende 2017 beginnen. Laut Pressemitteilung des AStAs vom 22. September liege aber bis heute noch immer „kein Gutachten vor, das die exakten baulichen Mängel und die damit entstehenden Kosten aufzeigt.“ Man wisse natürlich, dass die Arbeiten Zeit brauchen, so Strasdat. Allerdings sollten den Studierenden Alternativen geboten werden: „Das Studierendenwerk hat einen kulturellen Auftrag und unserer Meinung kommt es dem einfach nicht nach.“ Zwar bot das Studierendenwerk an, Veranstaltung in den Cafeterien und der Mensa stattfinden zu lassen. Taten folgten bisher aber keine. Christian Müller, AStA-Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, findet: „Der einzige faire Kompromiss nach dem ganzen Hin und Her wäre, dass wir das Schlüsselrecht bekommen, bis das KKC so schnell wie möglich wieder öffnet.“ Die nächste Protestaktion ist für Oktober geplant. Denn: „Die Studierendenschaft braucht studentischen Freiraum.“ [caro]

Menschen als Bauklötze

Kommentar

Nirgendwo Zuhause

Von Daniel Veutgen

Es gab hier an dieser Stelle vor einiger Zeit einen Kommentar mit dem Titel „Menschen als Verschiebemaschine“. Damals ging es um die Trinker*innenszene in Essen, die erfolglos dazu gedrängt werden sollte, ihren Standort am Essener Hauptbahnhof zu räumen. Der Titel würde auch zu diesem Kommentar passen. „Menschen als Verschiebemaschine“, wobei die Thematik hier zweifelsfrei eine andere ist. Am 31. Juli ist das neue Integrationsgesetz in Kraft getreten. „Fördern und Fordern“ soll es. Dabei fördert es vor allem Repressionen gegenüber Geflüchteten und fordert zum Dank dafür vollen Einsatz, Umzug inklusive – sonst werden Leistungen gekürzt.

So müssen anerkannte Geflüchtete, die 2016 ihre Aufenthaltsgenehmigung bekommen haben und daraufhin in ein anderes Bundesland gezogen sind, nun wieder zurück in das Bundesland ziehen, in dem sie ihren Asylantrag gestellt haben. Was das für die Menschen bedeutet, sieht man nun in Duisburg: Hunderte bekommen Post von der Ausländerbehörde. Zwei Wochen haben sie Zeit, die Stadt zu verlassen.

Zwei Wochen also, um bis zu neun Monate Aufenthalt in Kartons zu verpacken, sich von Freund*innen, Nachbar*innen und Familie zu verabschieden. Und wieder gilt das beliebte Mantra der deutschen Politik im Umgang mit Geflüchteten: Wer nicht hören will, muss fühlen. Kosten für Wohnung und Lebensunterhalt werden nach den zwei Wochen nicht weiter übernommen.

Eine ernsthafte Perspektive mit eigenem Wohnsitz weicht also einem Neustart. Dass einige Geflüchtete aufgrund diskriminierender Erfahrungen das Bundesland gewechselt haben oder vom Land in die Stadt gezogen sind und nun genau dahin zurückkehren müssen, kommt erschwerend hinzu. Jemandem ein Zuhause geben und willkommen heißen geht anders. Aber auch das ist ja nichts Neues.

Für die Geflüchteten geht die Tour d'Allemagne nun erst einmal weiter. Von Kommune zu Kommune, von Stadt zu Stadt, von Bundesland zu Bundesland. Vielleicht wären Wohnmobile eine gute Alternative zum festen Wohnsitz. Das hätte doch Vorteile: Wo ginge Integration schneller, als auf einem deutsch-tümligen Campingplatz mit Kontakt zu den rüstigen Dauercamper*innen Irmgard und Manfred. Wer kann schon sagen, wann das nächste Integrationsgesetz in Kraft tritt – und wohin dann verschoben



Eine Gruppe von Menschen aus Syrien protestieren gegen das Integrationsgesetz vorm Bochumer Rathaus (Foto: mac)

Das neue Integrationsgesetz ist am 31. Juli in Kraft getreten. Nicht nur Organisationen wie Pro Asyl kritisieren die sogenannte neue Wohnsitzauflage darin (Paragraph 12a Aufenthaltsgesetz) scharf. Auch der Städtetag NRW, der Spitzenverband der kreisfreien Städte, weist auf Folgen der Veränderung hin. Für die geflüchteten Menschen, die endlich in Deutschland anerkannt sind, besteht die Gefahr, dass das Existenzminimum kaputt gekürzt wird und sie einmal mehr ihre Koffer packen müssen.

Das so genannte Integrationsgesetz, veröffentlicht im Bundesgesetzblatt, bildet ein neues Hindernis für Geflüchtete endlich anzukommen. Bereits im Mai dieses Jahres veröffentlichte Pro Asyl dazu eine umfassende Stellungnahme. Ein entscheidendes Argument darin: Menschen sollten nicht nach Belieben aus ihrem Umfeld, in dem sie sich wohlfühlen und Fuß gefasst haben, umgesiedelt werden können. Jedoch sieht der Paragraph 12a im Aufenthaltsgesetz genau das vor. Geflüchtete mit anerkanntem Asylstatus müssen sich in der Stadt aufhalten, in die sie innerhalb ihres Asylverfahrens verwiesen wurden. Betroffen sind Menschen ohne Arbeitsplatz, die nach dem 1. Januar 2016 eine Anerkennung oder die erstmalige Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis erhalten haben.

Wie sich das im ohnehin schon bürokratisch angespannten Verfahrensalltag konkret für die asylsuchenden Menschen darstellt, hat Pro Asyl Essen in einer kürzlich veröffentlichten Pressemitteilung dargestellt.

Es geht beispielsweise um eine Familie aus Syrien, die Ende Januar 2016 vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) anerkannt wurde. Herr A. und sein 17-jähriger Sohn erhielten eine Aufenthaltsgenehmigung für den Landkreis Mansfeld-Südharz in Sachsen-Anhalt ohne Wohnsitzauflage. Im Juli dieses Jahres zogen Vater und Sohn nach Essen, daraufhin wurden die Leistungen vom Job Center Mansfeld-Südharz eingestellt, obwohl dem Umzug vorher zugestimmt wurde. Der Mietvertrag in Essen begann am 1. August, das Job Center Essen bewilligte erstmals Leistungen Ende Juli.

Anfang September verweigerte die Ausländerbehörde Essen die Anmeldung und forderte Vater und Sohn auf, zurück nach Sachsen-Anhalt zu ziehen. Kurz darauf stellte das Job Center Essen dann die Leistungen vorläufig ein. Zumal in diesem Fall die Krankheit des Sohnes und in Essen wohnhafte Verwandtschaft der Familie den Umzug ins Ruhrgebiet begründeten. Das ist nur ein Beispiel von vielen, wie die Behörden die neue Wohnsitzauflage in der Praxis umsetzen.

Die Kritik richtet sich vor allem daran, dass die Wohnsitzauflage rückwirkend zum ersten Januar dieses Jahres angewendet wird. Die Geflüchteten haben nicht nur finanzielle Aufwände betrieben. Omran (17), der sich am Bochumer Protestcamp gegen das Integrationsgesetz beteiligte, hat in Bochum endlich Freund*innen und eine Wohnung gefunden. Er besucht Sprachkurse und wird beruflich beraten. Nun soll er wieder nach Bad Sulza in Thüringen zurück, wo er weder soziale Kontakte noch berufliche Aussichten hat. Die Gründe sind für ihn genauso unverständlich, wie das Schreiben auf Beamtendeutsch.

Pro Asyl Essen fordert, dass sich die Stadt Essen dafür einsetzt, endlich Klarheit für die Menschen zu schaffen und dabei die Härtefallregelung zu beachten. Es sollten nicht vorab Entscheidungen getroffen werden, die dadurch geklärt werden könnten.

Auch der Städtetag NRW kritisiert die Wohnsitzauflage, die Kritik richtet sich an die Ausführung und befürchtet die Überforderung einzelner Städte und Kommunen. Denn viele Geflüchtete ziehen in die Ballungsräume, weil sie dort mehr Chancen der Integration vermuten. Der Städtetag fordert, dass Leistungen nach dem Hartz IV-Anspruch nicht von den Kommunen und ansässigen Job Centern gezahlt werden sollen.

Dass die Wohnsitzauflage zu Kritik und vielen Protestaktionen wie Demos in Duisburg (23.09.) oder Gelsenkirchen (26.09.) führen würde, müsste allen Beteiligten klar gewesen sein, denn diese erschwert Geflüchteten ein normales Leben erheblich, anstatt dieses zu verbessern. Die Bundesregierung muss handeln, um die Behörden und auch die geflüchteten Menschen zu entlasten. Letztlich sollte die Bürokratie hinter die Bedürfnisse der Menschen rücken, die ein Recht auf Normalität haben. **[mehu]**

Minirock und Marx

„Das ist zwar ein anderes Thema, aber ich befürworte das Burka- und Burkiniverbot.“ Eine von vielen islamkritischen Aussagen an diesem Abend, die nicht etwa von konservativen CSU-Politiker*innen stammen, sondern von einer Menschenrechtsaktivistin. Die 60-jährige Mina Ahadi ist gebürtige Iranerin und hielt am Mittwoch, 21. September, im Bochumer Bahnhof Langendreer einen Vortrag über Frauenrechte im Islam. Neben der emotionalen Rede über ihre Vergangenheit, berichtet sie von Begegnungen mit gefährdeten säkularen Menschen. Die daran anschließende Diskussionsrunde lässt deutlich werden: Hier gibt's Redebedarf!



Die erste Enttäuschung in Ahadis Aufbruch ins Studium: Im Iran ist kommunistische Lektüre wie Marx verboten. (Foto: BRIT)

Die begrenzten Stuhlreihen sind besetzt. Dazwischen hocken Einzelne auf dem Boden: Etwa 150 Besucher*innen sind der Einladung der Initiative „Religionsfreiheit im Revier“ nachgekommen und rücken im Veranstaltungsraum, dem „Studio 108“, dicht zusammen. Der Grund: Sie möchten der Exil-Iranerin und Menschenrechtsaktivistin Mina Ahadi zuhören. Nicht nur ihre persönliche Lebensgeschichte verleiht ihrer Islamkritik Nachdruck, auch Erfahrungsberichte innerhalb ihrer Arbeit als Menschenrechtlerin bestärken ihre radikale Ablehnung. Im Jahr 2007 gründete sie den Zentralrat für Ex-Muslime. Sie ist Vorsitzende der Organisation und Begründerin des Internationalen Komitees gegen Steinigung (ICAS) sowie eines weiteren gegen Hinrichtung (ICAE). Heute arbeitet sie

vor allem im Raum Köln mit Geflüchteten zusammen.

Schockierende Einblicke

Ahadi versucht ihrem Publikum mit Video- und Fotomaterial einen Eindruck von ihrer Arbeit und deren täglicher Konfrontation zu verschaffen. Themen der Bilder sind Zwangsheirat, Geschlechts-Apartheid, Ehrenmord und Missbrauch – sie zeigen Gewalt und Unterdrückung. Schicksale, die ihren gegnerischen Standpunkt gegenüber Religionen allgemein und allen voran dem Islam unterstreichen. Denn laut der Exil-Iranerin seien Frauenrechte mit Religionen nicht vereinbar. Die Scharia widerspreche den Menschenrechten und würde den eigentlichen Nährboden für Gewalt an Frauen und Homo-

sexuellen bilden. Gleiches gelte für den Zwang zur Verhüllung wie das Tragen von Hijab, Niqab, Tschador und Burka, die laut Ahadi in westlichen Ländern verboten werden müssten. „Hierbei handelt es sich nicht, wie von europäischen Medien verharmlost um Kultur, sondern um ein Symbol des politischen Islams“, erklärt die Menschenrechtsaktivistin. Schließlich hätten Frauen in ihrem Geburtsort keine Wahl. Wenn sie die Burka nicht tragen, gelten sie als „schmutzig“, laufen Gefahr verhaftet und gesteinigt zu werden. Und auch in Deutschland gäbe es nur einen geringen Prozentsatz von freiwilligen Burka- und Burkiniträgerinnen. Obwohl Ahadi sich dieser Debatte nicht wirklich hingibt, weil die Zeit dazu zu knapp sei, betont sie ihre persönliche Haltung dazu: „Es gibt auch einen unbewussten Zwang, der ebenfalls nichts mit Freiheit oder Menschenrechten zu tun hat.“

Ihre Geschichte

Auch Mina Ahadi musste sich eine lange Zeit dem Verhüllungszwang unterwerfen. In dem kleinen iranischen Dorf, in dem sie aufwuchs, durfte sie das Haus nicht ohne Tschador – ein schwarzes, bodenlanges Gewand, bei dem lediglich das Gesicht zu sehen ist – verlassen. „Ich konnte mir nicht einfach ein Eis kaufen, oder mit Fremden sprechen“, berichtet Ahadi. Ein Umstand, den die Exil-Iranerin schon früh anzweifelte und als Antwort von ihrer Mutter darauf immer nur zuhören bekam: „Wir sind Moslems.“ Ganz anders erfuhr sie das Leben hingegen bei ihrem atheistischen Onkel in Teheran: „Hier war das Leben voller Farben und Freiheit.“ An diesen Besuchen konnte sie den Tschador – ihr „mobiles Gefängnis“ – endlich ablegen und nach Belieben Kinos, Veranstaltungen und andere öffentliche Plätze besuchen. Das war noch zuzeiten von Schah Mohammad Reza Pahlavi. Dass die Verhüllung zu dieser Zeit noch kultu-

rell bedingt anstatt politisch gewesen wäre, belege ihre Entscheidung im Alter von 14 Jahren: „Ich habe aufgehört zu beten und hatte Angst, gesteinigt zu werden.“ Wie erwartet folgen etliche familiäre Diskussionen, die eher unter das Motto „Darwin oder Mohammed“ fallen und nicht bestraft werden. „Es galt in unserem Dorf als eine typische Phase von jungen Leuten“, ergänzt sie.

Unverschleiert bewegen kann sie sich während ihres Medizinstudiums in Täbris. Zu ihrem Unglück wird dort weiterhin kommunistische Lektüre verboten. „Ich wollte immer Marx lesen und Miniröcke tragen“, so Ahadi. Kurz vor Ende muss sie ihr Studium dann abbrechen. Der Grund: Schon früh wurde sie in der linken Bewegung politisch aktiv und beteiligte sich an einer Demonstration gegen den Shah. „Stellen sie sich vor, ich habe gegen die Verhüllung demonstriert und durfte mein Studium nicht beenden“, so die Menschenrechtlerin. Einschüchtern ließ sie sich dadurch jedoch nicht. Sie kämpft im Jahr 1979 als Oppositionelle gegen die islamistische Revolution und den Fundamentalismus Chomeinis.

In ihrem Vortrag wird sie persönlicher und es ist für die Zuschauer*innen unverkennbar, dass ihr dieser Teil ihrer Biografie nicht einfach fällt. Im Alter von 24 Jahren verliert sie ihren Mann, welcher im Jahr 1980 hingerichtet wird. „Danach hatte ich nur noch Angst und wusste nicht, was ich tun soll“, so Ahadi. Sie fasst dennoch Mut, flieht nach Kurdistan und kämpft dort als Partisanin.

Redebedarf

Neben einem tosenden Applaus hinterlässt Ahadi offene Fragen bei ihren Zuhörer*innen. Ein junger Mann möchte mit ihr über die Auslegung der Scharia und des Korans diskutieren. Denn laut ihm würde dort in keinem Satz die Aufforderung stehen, Frauen hinzurichten, die sich nicht verschleiern wollen. Die Frau mit der eindeutigen Meinung weicht der Frage umgehend aus. Sie wolle nicht über verschiedene Positionen diskutieren: „Ich wünsch mir, dass sie gegen die Hinrichtung von Frauen mit mir auf die Straße gehen.“ Ein von ihr heute häufig geäußertes Apell, denn die Hoffnung auf politische Unterstützung habe sie längst aufgegeben: „Parlamente und Regierungen sind kalt, aber jeder einzelne Mensch hat ein Herz.“ Sie verweist außerdem auf ihre Enttäuschung über Grüne und Linke, die sich in dieser Debatte nicht auf die Seite der Menschenrechte stellen würden. Diese Aussage wird vom Publikum kopfschüttelnd kommentiert: „Nicht alle.“

Ihre Forderungen an jede Kopftuchträgerin, es liegen zu lassen, denn alles andere wäre Barbarei, erscheint weit entfernt von dem Recht auf Persönlichkeitsentfaltung und Weltoffenheit. Denn wann ist der Wille der Eigene und ab wann entspringt dieser tatsächlich aus dem religiösen Korsett? [BRIT]

Kritischer Hintergrundbericht: AStA-Prozess bald eingestellt?



Am 13. Oktober findet im Landgericht Essen der sechste Verhandlungstag statt – womöglich der letzte? (Foto: fro)

Der mittlerweile fünfte Verhandlungstag gegen die ehemaligen Vorsitzenden des AStAs der Universität Duisburg-Essen, Boris S. und Oliver B., sowie die Mitangeklagten Dursun S. und Kerstin H.-R., denen Veruntreuung studentischer Gelder in Höhe von 519.000 Euro in den Jahren 2006 bis 2011 vorgeworfen wird, läutete eine Wende im Verfahren ein. Bereits am vergangenen Verhandlungstag bot die XXI. Strafkammer der ehemaligen Buchhalterin H.-R. eine Verfahrenseinstellung an (akduell berichtete), die sie nun annahm. Jetzt stellte die Strafkammer auch den restlichen Angeklagten unter Vorbehalt eine Einstellung des Prozesses in Aussicht. Kassenverwalter Dirk Sindram sowie ehemalige AStA-Referenten, die zum Zeitpunkt des Vorsitzes von Boris S. und Oliver B. in der Rolle der Opposition waren, äußern nun ihren Unmut darüber.

Die aktuelle Beweisaufnahme veranlasste den Vorsitzenden Richter Johannes Hidding bereits am vergangenen Dienstag dazu, im Namen der Strafkammer ein vorläufiges Resümee zu fällen. Das besteht aus drei wesentlichen Aspekten: Erstens hielt er noch einmal fest, dass das Verfahren gegen die mitangeklagte ehemalige Buchhalterin des AStAs sowie des Kunst- und Kulturcafés (KKC), Kerstin H.-R., nach Paragraph 153 Strafprozessordnung (StPO) wegen Geringfügigkeit eingestellt wird. Nach jetzigem Stand könnten auch Boris S. und Oliver B. keine Straftaten diesbezüglich nachgewiesen werden. Zweitens geht die Strafkammer davon aus, dass Dursun S. für die ihn ausgezahlten Beträge auch Leistungen erbracht hat. Der Vorwurf der Veruntreuung sei deshalb nicht haltbar, selbst wenn die im Rahmen des Betriebs des KKC's getätigten Zahlungen zu hoch gewesen seien. Es sei aber fraglich, wie die Tätigkeiten von Dursun S. arbeitsrechtlich zu betrachten sind. Schließlich hätte er als Betriebsleiter fungiert und nicht – wie in den Unterlagen angegeben – als Berater. Schwieriger werde aber die Beurteilung hinsichtlich der Vereinbarung mit Çeko S., der 2006 für ein halbes Jahr

als Geschäftsführer im KKC tätig war. Es bleibe die Frage im Raum stehen, ob die zwischen ihnen im Vertrag geeinigte Bezahlung einmalig oder monatlich sein sollte. Nichtsdestotrotz schlussfolgerte Hidding, dass der Kernvorwurf der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft widersprochen werden müsse, da Dursun S. Leistungen erbracht habe. Drittens stünde noch die Frage im Raum, ob die Abfindungen, die Dursun S. und Oliver B. bei ihrem Austritt auf der AStA Service GmbH erhalten haben, überhaupt gerechtfertigt gewesen seien.

Kritik von ehemaligen AStA-Referenten

Kurz vor dem eventuell eintretenden vorläufigen Prozessende erhielt die akduell ein Schreiben von Sascha Lücker – ehemaliger Referent für Finanzen im Übergangs-AStA unter Felix Hesse (Juso Hochschulgruppe) – und Daniel Lucas, ehemaliger AStA-Referent für Hochschulpolitik und Öffentlichkeitsarbeit im 2012 neugewählten AStA unter Felix Hesse und Semih Inak (Grüne Hochschulgruppe). Sie würden die Verhandlungen „besorgt“ verfolgen. Die ehemaligen Hochschulpolitiker heben hervor, dass die Strafkammer des Landgerichts Essen „mit Prozessen dieser Art und dem besonderen Rechtsverhältnis der Verfassten Studierendenschaft Nordrhein-Westfalens [...] keine oder zumindest kaum Erfahrungen vorzuweisen hat.“ Ihre Anmerkungen zum laufenden Prozess sandten sie auch an den Vorsitzenden Richter Hidding.

Kritik äußern Lücker und Lucas beispielsweise daran, dass das Verhältnis zwischen der AStA Service GmbH und dem Studierendenparlament (Stupa) nicht hinterfragt werde. Die ausgegliederte Gesellschaft habe nur mit Zustimmung des Stupas gegründet werden können. Im entsprechenden Beschluss seien Bestimmungen zur Rechenschaftspflicht und zur Berufung der Geschäftsführung festgelegt gewesen, gegen die der Angeklagte Boris S. „im Wissen über diese Bestimmungen gegen selbige verstoßen“ habe. Zudem bleibt fraglich, inwiefern die Angeklagten Boris S. und Oliver B. überhaupt als Geschäftsführer der AStA Service GmbH

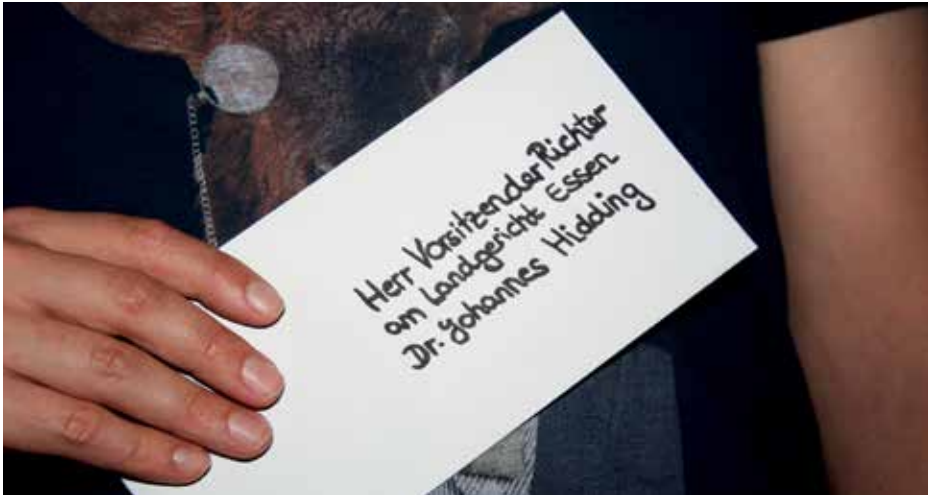
fungieren durften. Die Haushalts- und Wirtschaftsführungs-Verordnung der Studierendenschaften NRW (HWVO) schreibt im Paragraph 2 Absatz 3 vor, dass Personen, die bereits einen Vertrag über eine Tätigkeit mit der Studierendenschaft geschlossen haben, nur dann einen weiteren abschließen dürfen, wenn das Stupa dem mehrheitlich zugestimmt hat.

Auch echauffieren sie sich darüber, dass die Angeklagten in ihrer Funktion als Geschäftsführer der AStA Service GmbH das KKC im Jahr 2012 zum Preis von 25.000 Euro ans Studierendenwerk verkauft hatten. Dies hätte – „wenn überhaupt“ – nur unter Zustimmung des Stupa geschehen dürfen, wie die Satzung der Studierendenschaft der UDE vom 31. März 2014 in Paragraph 8 Absatz 11 regelt. Das Stupa ist nämlich „bei Angelegenheiten von grundsätzlicher oder finanzieller Bedeutung“ zur Mitentscheidung verpflichtet. In diesem Zusammenhang bezichtigen die ehemaligen AStA-Referenten zudem den damaligen Geschäftsführer des Studierendenwerks, Jörg Lüken, sowie den damaligen Pressereferenten Jan B. der Beihilfe, da sie keine Prüfung der rechtlichen und wirtschaftlichen Situation vor dem Verkauf getätigt und ignoriert hätten, dass die Nutzungsrechte „voraussichtlich“ nicht an das Studierendenwerk hätten überschrieben werden dürfen.

Bisher in den Verhandlungen unangesprochen bleibt zudem die politische Tätigkeit des Angeklagten Boris S. Obwohl der Strafkammer am Prozessöffnungstag durch S. bestätigt wurde, dass er das Amt des Finanzreferenten noch zwei Jahre nach seiner Exmatrikulation bekleidet habe, bleibt es weiterhin unkommentiert. Gemäß Paragraph 4 der Wahlordnung der UDE ist sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht an die Immatrikulation gebunden. Dass Boris S. trotzdem – auch aufgrund eines Gutachtens des Rechtsanwalts Christian Gloria – als Finanzreferent tätig war, nennt Ulrich Radtke, Rektor der UDE, in einem vorliegenden Schreiben daher „rechtswidrig“ und eine Fortführung dieses Zustandes „nicht hinnehmbar“. Auf eine Anfrage der akduell über die gesetzlich vorgeschriebene Kontrollfunktion hinsichtlich des Falls sah sich das Rektorat während der laufenden Verhandlungen jedoch nicht imstande. Die ehemaligen AStA-Referenten Lucas und Lücker verweisen außerdem darauf, dass S. zum Ende seiner hochschulpolitischen Laufbahn jegliche Rechenschaftspflichten schlichtweg verweigert habe. Auch der Haushalt sei ferner nicht von ihm ausgestellt worden. Bemühungen seinerseits, ein Zusammenkommen des Stupas stets zu vermeiden, veranlassen die Verfasser dazu anzunehmen, dass S. einen großen Bogen um Kontrollinstanzen hätte machen wollen.

Rolle der Buchhalterin bleibt ungeklärt

Die Einstellung des Verfahrens wegen Geringfügigkeit gegen die Buchhalterin Kerstin H.-R. erscheint den Verfassern Lucas und Lücker als ein „juristischer Irrtum“. Denn laut Äußerungen vom 8. September durch den Sachverständigen Bark



Daniel Lucas und Sascha Lücker wenden sich in einem kritischen Brief an den vorsitzenden Richter. (Foto: BRIT)

würde die Buchführung nicht nur in einem katastrophalen Zustand vorliegen, erwiesene Zahlungen wären zudem nicht ordnungsgemäß eingetragen worden. Die Studierendenschaft sei als öffentliche Körperschaft dazu verpflichtet, eine kameralistische Buchführung vorzuhalten. Kerstin H.-R. hätte sich also an bestimmte Vorschriften innerhalb ihrer Arbeit richten müssen, wie beispielsweise jegliche Zahlungen einzeln zu erfassen. Kurz: Einnahmen und Ausgabe müssen getrennt aufgelistet werden. Dirk Sindram, der schon zu ihrer Zeit als Kassenverwalter tätig war, bestätigt den von den ehemaligen AStA-Referenten als nicht rechtmäßig beschriebenen Zustand der Buchhaltung H.-R.s. Selbiges könne man über die DATEV-Dateien sagen, auf die der nachfolgende AStA erst im Jahr 2013 Zugriff erhalten hätte. „So fehlten beispielsweise mehrere Buchungen im Jahr 2011, in dem nachweisliche Ein- und Auszahlungen stattgefunden haben oder es wurden Auszahlungen nicht auf Kostenstellen gebucht, welche die Haushaltsordnung der Studierendenschaft vorschrieb“, so Sindram. Zusammenfassend lasse sich also sagen, dass sich die ehemalige Buchhalterin weder in der Archivierung, noch in der Buchführung an die Vorgaben der HWVO gehalten habe. „Es erweckt den Eindruck, dass sie nicht wusste, für welche Gliedkörperschaft des öffentlichen Rechts sie arbeitet, die mehr Anforderungen an die Buchführung hat, als die freie Wirtschaft“, ergänzt der Kassenverwalter.

Auch ihr Anstellungsverhältnis und ihre Zuständigkeiten wirft nachfolgend Fragen auf. Protokolle der Fachschaftenkonferenz (FSK) und Fachschaftsrate (FSR) würden laut Lucas und Lücker zudem belegen, dass Kerstin H.-R. eben nicht „das Mädchen für alles“ gewesen sei und dieser Bereich nicht in ihre Zuständigkeit gefallen wäre. Ihre Arbeit sei stattdessen überschaubar gewesen. Demnach werden ihre Angaben vor Gericht von Lucas und Lücker als Falschaussagen bezeichnet, wodurch die Gewichtung von Paragraph 244, Absatz 2 der StPO anzuzweifeln wäre. Schließlich lägen Beweismittel vor, aus denen klar hervorgeht, dass sie nicht – wie von Boris S. und Oliver B. beschrieben – rund um die Uhr und ausgiebig für alle Fach-

schaften zuständig gewesen sei. „Im Vergleich zu heute betreute sie bis Dezember 2012 nur circa 20 Prozent der Fachschaften und auch diese rudimentär“, so Sindram und ergänzt, dass die Buchhaltung der entsprechenden Kostenstellen der wenigen betreuten Fachschaften in DATEV bis heute nicht überprüfbar seien. Daher bilde sich hier ein neuer Sachverhalt, und die Strafkammer müsste ihre Arbeitszeit, als auch ihren Stundenlohn erneut prüfen. Auch die Einschätzung Barks in seinem Gutachten, Kerstin H.-R. habe zu viel verdient, würde auf diesem Hintergrund wieder gültig werden.

Dubiose Einladungen in den Zeug*innenstand

Auch die Auswahl der von der Staatsanwaltschaft unter Gregor Hähner geladenen Zeug*innen bleibt zweifelhaft. So scheine sie viele Personen einzuladen, die nur wenig Auskunft über die betrieblichen Zustände des KKC geben können, wie die Diplom-Sozialwissenschaftlerin Tijen A., die ein Jahr im KKC gearbeitet und lediglich am Abendgeschäft mitgewirkt hatte. Währenddessen wurden beispielsweise die ehemaligen AStA-Referenten Lucas und Lücker sowie Kassenverwalter Sindram ab dem ersten Verhandlungstag vom Prozess ausgeschlossen, da sie als mögliche Zeugen hätten infrage kommen können. Auf eine Einladung verzichtete das Gericht allerdings. Ihren Platz in der Wahrheitsfindung innerhalb des Prozesses konnte sowohl Tijen A. als auch der Veranstaltungstechniker Alexander M., der nach seiner Aussage mit den Angeklagten die Mittagspause in einem italienischen Restaurant verbrachte, nicht einordnen. Auch die Befragung auf Seiten der Staatsanwaltschaft wirkt beinahe gegenstandslos, als diese keinerlei Fragen an die von ihm geladenen Zeug*innen stellen möchte – vor allem, wenn der Verteidiger von Boris S., Jörg Pelz, diesem dann zur Hilfe eilt und die Zeug*innen nach ihrer persönlichen Korruptionseinschätzung befragt. Die Bemerkung des Verteidigers von Oliver B., Gerhard Thien, „die von der Staatsanwaltschaft geladenen Zeugen entlasten meinen Mandanten eher, anstatt dass sie ihn belasten“ wirkt daher nicht wie aus der Luft gegriffen. [BRIT/fro]

Bestaunen

Sprayerinnen in Europa



Die Subkultur des Graffiti – auch als Vandalismus verschrien – ist vor allem männlich dominiert. Das Autonome Frauen*referat der UDE lädt zur Dokumentation *Girl Power* ein, die das künstlerische Sein der Prager Graffiti-Künstlerin Sany porträtiert. Das Material des Films hat die Filmemacherin Sany selbst auf ihrer 7-jährigen Reise um die Welt gesammelt. Im Anschluss an den Film wird es ein Skype-Interview mit Sany geben.

↗ **Donnerstag, 29. September, 18 Uhr, R14Ro2Bo7 Campus Essen, Eintritt frei**

Ballern

Party Folkwang Finale

Das lang ersehnte Finale kann endlich gefeiert werden. Absolvent*innen, Studierende und Freund*innen feiern ihre hart erkämpften Universitätsabschlüsse und Abschiede von Wegbegleiter*innen. Alle die Lust haben, sind eingeladen einen unvergesslichen Abend bei dancy Musik, frisch von DJ BR€XIT, VW DJ aka OWN IT aka Lukas Wenninger und Blint hinter dem Plattentisch zu feiern.

↗ **Donnerstag, 29. September, 23 Uhr, Hotel Shanghai in Essen, Eintritt 3 Euro**

Bilden

WissensNacht Ruhr

Am 30. September heißt es im Ruhrgebiet wieder: Entdecken, Lernen, Bestaunen und Mitmachen. Groß und Klein können an verschiedenen Orten in Workshops, Vorträgen, Laboren und einer Klimarallye Einblick in die weite Welt der Wissenschaft erhalten. Für einige Programmpunkte ist eine vorherige Anmeldung unter 0221-64305499 notwendig. „Science Made Simple“, und die „Physikanten“, geben in der Abschluss-Show nochmal alles.

↗ **Freitag, 30. September, 16-22 Uhr, Eintritt frei, Abschluss-Show um 22 Uhr, Christuskirche Bochum, Platz des europäischen Versprechens, VVK 10 Euro (erm. 6 Euro)**

Dortmunder Dauerproblem



Genug ist genug: 2.000 Demonstrant*innen protestierten am Wochenende gegen die wieder zunehmende Gewalt aus dem rechten Spektrum. (Foto: fro)

„Es reicht!“ lautete das Motto der Demonstration, die am Samstag, 24. September, quer durch die Dortmunder Innenstadt verlief. Anlass ist der Messerangriff von drei Verurteilten auf einen 24-jährigen Aktivist der Linksjugend [solid]. Das Tatmotiv wird als politischer Einschüchterungsversuch Rechter betrachtet (akduell berichtete). Die rund 2.000 Demonstrant*innen wollten ein Zeichen gegen die rechte Gewalt setzen, die in der Stadt immer wieder für Entsetzen sorgt.

Ein breites Bündnis hisste ihre Flaggen, um gegen die wieder zunehmende rechte Gewalt in Dortmund ihre Stimme zu erheben. Gewerkschaften, Kirchen und Antifa-Gruppen traten beim friedlich verlaufenden Demonstrationzug geschlossen auf. „Wir sind nicht nur mit gewaltbereiten Neonazis konfrontiert: Sowohl in Deutschland als auch in Europa sehen wir momentan einen vermehrten Rechtsruck von faschistischen Organisationen und rassistischen Parteien“, sagt eine Rednerin und verweist auf die Notwendigkeit, sich gegen rechts zu engagieren. Dabei übt sie auch Kritik an den im Bundestag vertretenen Parteien aus. Mit von den etablierten Parteien vorgenommenen Sozialkürzungen würden sie den rechten Parteien und Organisationen in die Hände spielen. Zudem sei die Abschiebepolitik seitens SPD, CDU und Grüne für die Wahlergebnisse der AfD mitverantwortlich, denn damit würde suggeriert, es sei nicht genug für alle da. „Doch es ist genug für alle da. Es ist nur falsch verteilt“, resümiert die Rednerin und gibt zu bedenken, dass die Politik der Bundesregierung gewaltbereite Nazis in die Offensive locke.

Dortmund: „Selbstverständliches Eigentum“

Besonders in Dortmund existiert eine gewaltbereite Neonazi-Szene, einer deren trauriger Hö-

hepunkte die Ermordung des Punkers Thomas „Schmuddel“ Schulz im Jahr 2005 durch Sven Khalin darstellte. Die Dortmunder Nazi-Szene betrachte die Stadt wie ihr „selbstverständliches Eigentum“, so das Bündnis Essen stellt sich quer (ESSQ). In den letzten Jahren gab es eine Entwicklung innerhalb der Szene. „War die Naziszene in Dortmund früher noch subkulturell vielfältiger aufgestellt (Naziskins, Autonome Nationalisten), so hat sie durch die Parteiförmigkeit an diesem Habitus verloren“, so die Antifaschistische Union Dortmund. Nach dem Verbot des Nationalen Widerstand Dortmund (NWDO) 2012 gründete sich in der Stadt die neonazistische Kleinpartei Die Rechte, die bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen 2014 genug Wähler*innen generalisieren konnte, um einen Platz im Stadtrat zu erhalten. Nachdem der mehrfach vorbestrafte Siegfried Borchardt (auch bekannt als „SS Sigg“) nach zwei Monaten Amtszeit zurücktrat, übernahm Michael Brück das Mandat. Letzterer fiel in der Vergangenheit ebenfalls durch Führungspositionen in neonazistischen Organisationen sowie als Betreiber der einschlägig antisemitischen Plattform *antisem.it* auf, wo er Nazidevotionalien und Zubehör für den Straßenkampf anbietet.

„Allerdings ließen sich in der Parteipolitik kaum reale Erfolge erzielen, so dass zu beobachten ist, dass Dortmunder Neonazis wieder in alte Handlungsmuster, wie beispielsweise Gewalttaten oder andere Aktionen, zurückfallen“, schildert die Antifaschistische Union Dortmund ihre Beobachtungen. Nach einer längeren Phase ohne Angriffe durch Neonazis seien jetzt aber wieder Farbbattachen auf Häuser von vermeintlich politischen Gegner*innen, Angriffe auf Antifaschist*innen oder die Bildung einer Bürgerwehr unter dem Namen Stadtschutz (abgekürzt: SS) zu beobachten. Auch wenn die personelle Zusammensetzung der neonazistischen Szene wegen Haftstrafen oder Rückzügen Verluste zu verzeichnen hatte, habe man es in Dortmund „mit einer

der aktivsten Szene in Westdeutschland zu tun.“ Natürlich gebe es auch in anderen Städten Probleme mit dem Hooligan-Milieu oder rechtsaffinen Bürger*innen wie im Duisburger Stadtteil Neumühl (akduell berichtete). „Allesamt sind aber von der Personenstärke und dem Aktionsradius nicht mit den Dortmunder Neonazis zu vergleichen“, so die Antifaschistische Union Dortmund. Dass die Dortmunder Neonazis mitnichten bloß den Versuch unternehmen, vor Ort ihr Einflussgebiet zu erweitern, untermauern die Verstrickungen mit anderen rechten Aktionsbündnissen. So haben sie regelmäßig an den Pegida-Aufmärschen in Duisburg teilgenommen sowie gute Kontakte zum Hammer Kreisverband der Partei Die Rechte. Auch in Essen führt eine aktivere Mobilisierung dazu, dass sich die einzelnen rechten Gruppen zu größeren Bündnissen zusammenschließen. „In den letzten Monaten gibt es den Versuch von der Gruppe Bürger gegen Politikwahnsinn, diese Klientel zusammenzufassen, was sich auch in der Beteiligung führender Kader von NPD und Pro NRW als Redner zeigt“, beschreibt ESSQ die Entwicklungen. Zudem gibt es Verbindungen zu Dominik Roeseler, Initiator von *Hooligans gegen Salafisten*, und zu Melanie Dittmer, die einst Wortführerin rheinländischer Pegida-Ableger war und nun die Identäre Aktion gründete.

Vor dem Hintergrund der Gewaltbereitschaft der Dortmunder Neonazis gegenüber Migrant*innen, Geflüchteten und Linken müsse die Gesellschaft ihnen stärker entgegentreten. „Wichtig ist es daher, dass die Stadtgesellschaft auch entsprechend sensibilisiert ist für das Thema. Auf der zivilgesellschaftlichen Seite passiert auch viel, wir haben aber das Gefühl, dass es hier zu oft bei Symbolpolitik bleibt“, resümiert die Antifaschistische Union Dortmund.

Streitthemen Antiamerikanismus und Antisemitismus

Dass es sich bei der Demonstration um ein breites Bündnis mit verschiedenen Ausprägungen auch innerhalb der linken Szene handelte, zeigt auch die Debatte um den Auftritt der türkischen Band *Grup Yorum* zum Abschluss der Demonstration. „Der Band wird oft eine Verbindung zu der türkischen DHKP-C (zu Deutsch: Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front) nachgesagt“, so die Antifaschistische Union Dortmund. Die Untergrundorganisation steht auf der Liste terroristischer Vereinigungen des Rates der Europäischen Union, und schreckt auch vor Selbstmordanschlägen nicht zurück. „Nun kann man der Band *Grup Yorum* natürlich keine Mittäterschaft zu den Anschlägen unterstellen. Die beschriebene Nähe der Band zur DHKP-C lassen aber ebenso eindeutige Distanzierungen von Antiamerikanismus und Terroranschlägen vermissen“, schlussfolgert die Antifaschistische Union Dortmund, die zudem die in den Songtexten geäußerte Haltung gegenüber dem Staat Israel kritisieren und damit die Bruchstelle der innerhalb der linken Szene geführten Debatte markiert. [fro]

Im blauen Lada Richtung Walachei



Auch die Vorlage für das Filmplakat: Herrndorfs *Tschick*. (Foto: bjg)

Die Verfilmung von Büchern ist ja immer so eine Sache, bei der sich die Geister scheiden. Manche warten darauf, die im Print beschriebenen Personen visualisiert wahrzunehmen, andere sagen, dass Bilder niemals an das geschriebene Wort herankommen. In Fatih Akins neuestem Film sind sich die Kritiker*innen allerdings einig: Das auf die Leinwand zu bringen, hat sich gelohnt.

Bis heute hat sich Wolfgang Herrndorfs Jugendroman *Tschick* über 2,2 Millionen Mal verkauft, in Theatern rauf und runter gespielt und als Durchbruch gefeiert. Von Kritiker*innen viel besprochen, ist es also kein Wunder, dass sich viele Filmschaffende um das Schriftstück reißen. Zunächst ging dieses an Regisseur David Wnendt, der unter anderem durch die Verfilmung von Charlotte Roches *Feuchtgebiete* bekannt wurde. Nach einigen Querelen und vielem Hin und Her brach dieser jedoch das Projekt ab und der zweite in der Warteliste, Fatih Akin (*Gegen die Wand*, *Soulkitchen*), bekam die Chance *Tschick* auf die Leinwand zu bringen. Erstmals seit 2002 verfilmte Akin ein fremdes Drehbuch, doch die aberwitzige Odyssee zweier Teens aus Berlin kommt gut und im etwas abgeänderten Gewand daher.

Maik, gespielt von Tristan Göbel, ist ein 14-jähriger Außenseiter, der in seine Klassenkameradin Tatjana (Aniya Wendel) verliebt ist und nichts mehr möchte, als zu ihrer Party am Ende des Schuljahrs zu gehen. Doch als die Einladungen verteilt werden, wird Maik nicht berücksichtigt. Monatelang hatte er extra für die Party ein Bleistift-Portrait von Tatjana gemalt und nun das. Am Abend der Party steht der ebenfalls nicht eingeladene Andrei „Tschick“ Tschichatschow (Anand Batbileg) vor Maiks Tür und überredet ihn mit einem geklauten Lada bei der Party Halt zu machen. *Tschick* ist kürz-

lich aus Russland nach Deutschland gezogen und für die meisten seiner Mitschüler*innen unausstehlich. Da Maiks Mutter auf Entziehungskur und sein Vater sich auf einer „Geschäftsreise“ mit einer Gespielin vergnügt, beschließt Maik sich *Tschick* anzuschließen. Mit Schlafsäcken und ein paar Konserven machen sich die beiden Jungs auf und fahren nach einem Besuch bei Tatjanas Party quer durch das Brandenburger Hinterland.

Die perfekte Vorlage

Bereits im Jahr 2010 hatte der inzwischen verstorbene Schriftsteller Wolfgang Herrndorf den Jugend- und Abenteuerroman veröffentlicht (Rowohl) und einiges an Lob von Kritiker*innen und Lesenden eingeheimst. Herrndorf begeisterte mit seinem Text, auch wenn viele lange Zeit gar nicht wussten, warum. War es der große Popkultur-Faktor oder doch die Identifikation mit den Protagonist*innen? Fest steht, dass es ein Roman ist, der mit einer schlichten aber für das Buch perfekten Jugendsprache überzeugte, ohne dabei so präntös oder weithergeholt zu wirken wie die vermeintlichen „Jugendworte“ der vergangenen Jahrzehnte. Eine fiktionale Geschichte, ein künstliches Konstrukt, aber doch humorvoll, lässig und irgendwie realer und besser als das echte Leben. Und hier liegt möglicherweise auch genau das Geheimrezept des Erfolges für *Tschick* versteckt. „*Tschick* ist genau so, wie wohl jeder Jugend erinnert: als eine großartige Zeit des Leichtsinns und der Waghalsigkeit, der Verwirrtheit und Bewegtheit, der Freundschaft und Liebe und auf alle Fälle der extremen Beanspruchung“, schreibt *Zeit*-Redakteurin Wenke Husmann. Vor allem ist *Tschick* auch ein Sprung ins Ungewisse und der immer wiederkehrenden Ernsthaftigkeit, die aber in keiner Sekunde aufdringlich oder unpassend wirkt.

Kurzgefasst

DVG investiert in Nahverkehr

Passagier*innen, die in den Genuss des Duisburger Nahverkehrs kommen, dürfen sich freuen: Die DVG möchte 134 Millionen Euro investieren, um ab 2020 47 neue Straßenbahnen durchs Stadtgebiet tuckern zu lassen. Ob der Rat der Stadt Duisburg dem Vorhaben zustimmt, stand vor Redaktionsschluss am Montag noch nicht fest. Vielleicht integriert die DVG ja sogar eine höhere Fluktuation an Straßenbahnen, damit die Bahnfahrenden nicht länger den Gefühlszustand des Inhaltes einer Sardinenbüchse am eigenen Leib erfahren müssen. Außerdem müssten sie dann nicht auf die sich verspäteten Ersatzbusse warten. Investitionen scheinen angesichts des unfassbar hohen Fahrgastaufkommens sowie dem allgemein desolaten Zustand der Verkehrsmittel expressis verbis notwendig zu sein.

Mit der Zeit gegangen

Nun ist es natürlich so, dass viele im Bücherregal nach ihrer Herrndorf-Abteilung suchen, *Tschick* herauskramen, einmal über das verstaubte Stück Literatur pusten und sagen: „Moment mal, das war im Buch doch ganz anders!“ Tatsächlich hat Fatih Akin bei der Regie einige Änderungen an der Geschichte vorgenommen, jedoch nur in den kleinsten Details. Keiner der Hauptfeiler der Abenteuerstory wurde umgestürzt oder durch einen besseren ersetzt, lediglich die Kleinigkeiten sind es, die den Herrndorf-Geeks auffallen werden. So malt Maik im Buch beispielsweise ein Bild von Beyoncé, um es Tatjana zum Geburtstag zu schenken und hört dabei das aktuelle Album der R&B-Sängerin. Im Film hingegen entscheidet sich der 14-Jährige ein Portrait seines Schwarms anzufertigen und ist durchgehend ein dem Rock verschriebener, langhaariger Chucks-Allstars-Träger.

Zudem ist der Soundtrack von *Tschick* durchzogen von aktuellen Bands und Acts, die zum Großteil 2010 nicht einmal einen Namen hatten. Von *K.I.Z.*, den *Beginnern*, *Beatsteaks* und *Seed*, bis hin zu *Fraktus*, *Bilderbuch* und *Courtney Barnett* ist so ziemlich alles dabei, was man wohl auch heutzutage hören würde, wenn man sich von Berlin aus auf einen Roadtrip begibt und das Radio einschaltet. Das Hauptthema, das auch im Roman eine tragende Rolle spielt, wurde im Film beibehalten. So finden *Tschick* und Maik im blauen Lada eine Kasette von Richard Claydermans Ballade *Pour Adeline*.

Insgesamt ein Film, der sich definitiv für all jene lohnt, die das Buch gerne gelesen haben oder in der Schule dazu gezwungen wurden. Und auch als völlig Ahnungslose*r kann man dieses jugendliche Roadtrip-Abenteuer genießen und die Einfachheit an sich heran lassen. [bjg]

Gemeinschaft gärtnern

Ob Kürbis oder Rosenkohl – sogar im alles zu jeder Zeit habenden Supermarkt hat der Herbst Einzug genommen. Und Herbst heißt in diesen Breiten vor allem auch Erntezeit. Wer pflückt aber heutzutage noch selbst Äpfel, zieht Möhren oder weiß, wie genau Obst und Gemüse wachsen? Im Lorengarten, einer der vielen Gemeinschaftsgärten in Essen, wird zusammen gebaut, gesät, Unkraut gezupft, geerntet und das ein oder andere Bier vom Kiosk um die Ecke gezischt.

Einen Garten am Wohnhaus zu besitzen, ist in der Großstadt ein Glücksfall. Manchmal gehört zur Wohnung oder WG immerhin ein Balkon, der mit Tomaten oder Kräutern begrünt werden kann. „Aber da ist man schon ziemlich begrenzt“, meint Jessica (31). Durch das Bepflanzen ihres Balkons und durch so genannte Kräuterwanderungen wollte sich Jessica weiter ins Dickicht schlagen und suchte aktiv nach Gemeinschaftsgärten: „Von den gemeinschaftlichen Gärten habe ich durch einen Freund aus Berlin erfahren, der mich dort in einen Garten mitgenommen hatte.“ Bei einem Treffen von *Transition Town Essen*, einer Initiative, die seit 2012 mit Projekten wie Repair-Cafés oder Netzwerken wie dem *Essener Tauschkreis*, die Stadt nachhaltiger gestalten möchte, hatte sie erfahren, dass ein neuer Gemeinschaftsgarten in Essen-Altendorf entstehen soll. So war Jessica im Januar 2015 zur Gruppe des Lorengartens gestoßen. Es folgten einige Monate der Planung; die Fläche, an einer Wiese hinter dem Altendorfer Treff gelegen, musste bereinigt werden. Bodenproben ergaben außerdem, dass die Erde verseucht und nicht für den Anbau geeignet ist. Ab Februar diesen Jahres hieß es deshalb: Hochbeete bauen. Als Grundmaterial dienten alte Paletten. Eine kleine Hütte für die Geräte wurde gezimmert und Möbel vom Sperrmüll zu einer gemütlichen Sitzcke verwandelt. Im Garten mit dabei war nun auch Käthe (26), die gerade ihr Water Science Studium an der UDE begonnen hatte und sich besonders über die neuen Kontakte und die Gemeinschaft freut: „Es ist auch ein Projekt, wo man sieht, was man geschaffen hat und gleichzeitig in der Natur ist und die Prozesse der Pflanzen besser wahrnehmen kann.“



Ein Platz im Grünen: der Lorengarten in Altendorf. (Foto: mal)

Eine Gärtner*innenlehre hat keine*r der acht aktuellen Vereinsmitglieder. Dafür schauen Käthe und Jessica gelegentlich in ein paar Bücher, aber vor allem wird sich untereinander ausgetauscht. „Jeder hat Ahnung auf einem anderen Gebiet. Und sonst probieren wir einfach aus“, meint Jessica. Nur ökologisch muss es sein, was bedeutet, dass keine chemischen Dünger verwendet werden. Ansonsten gibt es noch die Vorlage der Stadt, dass nichts fest in den Boden verankert werden darf.

Klingt als wäre der Garten nur ein vorübergehendes Projekt? Dem sei nicht so, erklärt Jessica. Finanziert wird das Wenige, was überhaupt gekauft werden muss, durch Spenden oder aus eigener Tasche. Erde und Pferdeäpfel können aber umsonst von Kleingärtner*innen oder Bäuer*innen abgeholt werden, genauso wie Büsche und Bäume.

Käthe findet, dass eine Stadt gerade solche öffentlichen Grünflächen braucht. „Jeder kann hier da-

zukommen und man schafft etwas, was weder mit Arbeit noch mit Geld zu tun hat. Und man merkt, dass Projekte gemeinschaftlich ohne einen Arbeitgeber organisiert werden können“, so Käthe.

Wer Lust bekommen hat, selbst in der Erde zu wühlen oder sich den Garten einfach anschauen möchte, kann zum monatlichen Treffen, jeweils am ersten Mittwoch des Monats um 19 Uhr, kommen.

Bald muss der Garten auf den Winter vorbereitet werden und Jessica schwebt die ein oder andere Glühweinparty für die kalten Monate vor. Bis dahin kann aber noch einiges geerntet werden. Besonders freut sie sich über die reifen Kürbisse aus denen sie ihre erste Kürbissuppe mit eigen angebauten und geernteten Gemüse gekocht hat. **[mal]**

➔ nächstes Treffen, 5. Oktober, 19 Uhr, Kopernikusstraße 8, bei schlechtem Wetter im Altendorfer Treff. Alle Gärten in der Übersicht unter: transitontown-essen.de/gruppen/gemeinschaftsgaerten

Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Marcus Lamprecht, Saskia Strasdadt, u.a.

Projektkoordination: Nils Kriegeskorte

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Philipp Frohn (fro), Marie Eberhardt (mal), Daniel Veutgen (dav), Britta Rybicki (BRIT), Björn Gögge (big), Meiko Huismann (mehu), Sarah Dannehl (caro)

V.i.S.d.P.: Philipp Frohn (fro)

Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstedde

E-Mail: redaktion@akduell.de

Web: www.akduell.de

HIRNAKROBATIK

			2		3		
	8		3		1		7
9							1
	9	5	2	1			
	7	2	6	8	5	4	9
				9	3	8	2
	5						7
	3		5		7		8
		1		4			

WOHNHEIMGESCHICHTEN

